



AKKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

FDP

Innenminister sieht
Umsturzgefühle in der
Mitte der Gesellschaft

Was ist und zu welchem
Ende studiert man
Geschlechtergeschichte?



Jena schubladisch

Vielleicht wird sein neuer Spitzname Osama bin Schubladen, der Lokalredaktionsleiter hat in einer Textfüllung sich selbst betrachtet und anhand eines fehlgeschlagenen Klischees bemerkt: „Es gibt sie auch in Jena, jene Menschen, die einen verblüffen, weil sie sich ganz unscheinbar dagegen wehren, in Schubladen gesteckt zu werden.“

Nein, die wehren sich nicht, die Leute sind halt nicht so, wie der es gesagt kriegt, glaubt und weitervermittelt. Mitunter wird es so deutlich, dass es sogar dem auffällt. Mit viel Mühe lassen sich daraus mehrere Zeilen machen.

„Einjeder hegt seine Vorurteile, mögen Sie denken, aber vielleicht

ist es auch eine Berufskrankheit, wenn man als Journalist tagtäglich mit Menschen zu tun hat.“ Hier begeht er einen Kategorienfehler. Seine vorurteilsbeladene Sicht ist nicht berufskrank, sondern schlecht. Das, was der ist, nennt man schlecht. Die Berufskrankheit besteht darin, es nicht zu bemerken, weil man es als Journalist tagtäglich mit Menschen zu tun hat, die auch so sind, zumeist Journalisten. Von denen wird er nicht hören, „das kannst du aber besser“, weil, nun ja, wie kämen sie dazu.

Im selben Artikel, in dem der seine Vorurteilsschubladen benennt, macht er im nächsten Absatz genau damit weiter; die Arme der

Bevölkerung seien jetzt weniger weit geöffnet, obschon er die wirkliche Meinung nicht kenne, Gründe seien bunt, nein, halt, vielfältig, „zum Beispiel der Verlust an Kaufkraft. Aber kann das ein Argument sein, wenn Menschen vor dem Krieg fliehen?“

Tja, auch Ramelow begrüßt nicht mehr am Bahnhof die Eintreffenden, die ein Gewinn an Kaufkraft erwartet, dabei könnte es doch der zweitschönste Tag seines Lebens werden. Der Redaktionsleiter kennt keine anderen Schubladen als die offiziellen.

Kaufkraft ist auch die einzige Kraft, die man ihm nicht absprechen kann.

Bernd Zeller

Was wir über den Fall des Bundespolizeieinsatzes gegen einen Schleuser in Jena-Ost wissen und was wir nicht wissen



Die Nachrichtenlage ist, dass die Bundespolizei in Wenigenjena, in der Schenkstraße, einen 42 Jahre alten Syrer festgenommen hat, der einem Schleusering angehören soll und andere Syrer von Prag nach Westeuropa gefahren haben soll.

Wie es scheint, sind nicht alle erhofften Beweismittel gefunden worden.

Die Schleuserszene ist nicht zu verwechseln mit der Kalifatbürgerszene oder der Szene sonstiger Staatsdelegitimierer; wenn man sagt: „He, Staat, gib uns Geld und Pass“, ist man in der Auffassung des Verfassungs-Haldenwangs gerade staatstragend und staatsbejahend,



und es wurden nicht einmal Autobahnen blockiert, er ist bestimmt sehr unauffällig gefahren.

Ja aber was genau soll jetzt das Delikt sein?

Für so was kriegt der Ehemann von Katrin Göring-Eckardt Geld, nur dass er dazu die Passagiere erst aufs Mittelmeer fahren lässt. Nicht oft tut ein Mann etwas, das seiner Ehefrau Vorfreude bereitet.

Hat nicht die Kanzlerin gesagt, Grenzen sind Illusion, man kann die Grenzen nicht zumachen, und sie wisse nicht, wieviele sich auf den Weg machen? Der Mann muss doch mit dem Zivilcouragepreis der Stadt Jena gerechnet haben statt mit Festnahme. Ein Verbotswort ist in jedem Falle anzunehmen, wenn nicht, ist das Gericht befangen oder schlimmer. ●



Rücktritt

Die als Landesministerin berufstätige Jenaer Politikerin Anja Siegesmund gibt das Amt auf. Es heißt, sie wolle sich beruflich neu orientieren. Sie könnte zu einer deutschen Umwelthilfe, die haben noch frisches Geld für eine Machbarkeitsstudie. Ausgeschlossen wird die Verschwörungserzählung, ihr Journalist hätte ihr das Vertrauen entzogen. Möglicherweise lastete auf ihr der psychische Druck zu sehr, weil die Regierung immer noch regiert, obwohl ihr Mandat eigentlich nur übergangsweise für ein Jahr befristet sein sollte, oder sie hält es nicht mehr aus, immer öfter für Katrin Göring-Eckardt gehalten zu werden. Vielleicht sieht sie ihre berufliche Zukunft auch mehr in der Geschlechtergeschichte.

Wiederwahl

Oberbürgermeister Nitzsche will bei der nächsten Wahl wieder kandidieren. Er gibt damit ein Angebot an alle, die sich fragen: Gerlitz oder Jens Thomas, kann ich nicht beide haben? Ja: Nitzsche.

Doppelfolge

Nach der Flucht des Kulturamtschefs nach Hamburg, wo



er genauso gut hinpasst, wird die Leitung des Kulturamtes an zwei Personen übertragen. Die Inflation schlägt auch bei den Posten zu.

Multiraub

In Jena wurde eine Schulklasse laus Sachsen mehrmals nacheinander ausgeraubt. Wir sind eine weltoffene Stadt, hier werden auch Sachsen überfallen.

Sprengung

Diesmal war es wieder ein Zigarettenautomat, der gesprengt wurde. Da über die Täter nichts bekannt ist, wissen wir nicht, ob wir zu wenig integriert haben.

Einsätze zu Silvester

Silvester verlief überwiegend Jahreswechselhaft, die Polizei musste nur bei vereinzelt Vorfällen mit Messern und Auseinandersetzungen unter Gruppen zum Einschreiten schreiten. Jetzt hat der Sicherheitsdezernent fast ein Jahr Zeit, um Schilder und Straßenaufschriften anbringen zu lassen, die empfehlen, so etwas lieber bleibenzulassen.

Wer ist unbrauchbarer, der unbrauchbare Oberbürgermeister oder seine Partei, die ihn um Unterstützung anbettelt?

Vielleicht haben Sie in der Zeitung das Foto vom neugewählten lokalen FDP-Vorstand gesehen. Egal, macht nichts, das sah so aus, wie die immer aussehen. Das Interessante stand nicht in der Zeitung, dabei hätte es gut in die Zeitungsgrammatik gepasst, es ging nämlich in der Sitzung wie her? Genau: hoch.

Der Jenaer Oberbürgermeister war da auch, weil er in der FDP als Mitglied eingetragen ist, und die halten ihn für so wichtig, dass sie ihn baten, er möge zu den Anfeindungen gegen die FDP aus dem demokratischen Parteienspektrum doch mal was sagen, ein Basta oder einen scholzigen Doppelwumms. Was die halt denken, wie Politik funktioniert.

Der wollte aber nicht.

Als Liberaler hatte er dafür auch eine staatsrechtliche Begründung; sein Amtseid lasse es nicht zu.

Das kann gut sein, dass der Jenaer Amtseid verbietet, sich gegen die linken Parteien zu richten. Und von denen hängt er mehr ab als von einer Partei, die sich in szenetypischem Etikettenschwindel Die Liberalen nennt.

Der Gedanke, dass er sich gerade durch ein leichtes Machtwörtchen zur parteipolitischen Mäßigung überparteilich und gesamtstädtisch verhielte, ist dem Oberbürgermeister nicht zuzumuten.

Die Zeitung schreibt natürlich nicht, dass die FDP hier erst linker werden muss, noch linker, bevor sie sich mit Bittstellungen gegen Hass hervorwagen darf; darauf kommt sie von selbst. (*Anmerkung des Setzers: Die FDP muss immer noch die Unschuld beweisen, dass ihr Ministerpräsident inzwischen nicht bereits die*



Weimarer Reichsverfassung wieder eingesetzt hätte.)

Und so, wie die sich es denken, läuft das nicht; der Oberbürgermeister kann nicht einfach eine Ansage durchgeben – er müsste Geld für zivilgesellschaftliche liberale Gruppen und Projekte oder für einen Liberalenbeauftragten der Stadt lockermachen.

Wie Sie bemerken, geben wir uns äußerste Mühe, aus dem jäm-

merlichen abgewrackten Zustand eine Possenglosse zu machen. Ginge es nur um die eine Partei, wäre es zum Brüllen komisch, aber es geht um die Stadt, da ist es nicht komisch, und die ganze Politik, die um unser Vertrauen kämpft mit harten Bandagen und bis zum Äußersten, ist hierin repräsentiert.

Jena ist überall, die FDP auch.

Nils Michael

Report

Die Leute, die immer irgendwie dagegen sein wollen, haben wieder was: Batterieabbrennfabrik in Rudolstadt

Lust am Dagegensein, das bescheinigte schon ein örtlicher Juso am Roten Beckersofa den Impfpflichtgegnern, und ein Extremismusexperte sagte in der Kirchensendung im Radio, die Montagsdemonstranten waren erst gegen Vielfalt, dann gegen Coronamaßnahmen und jetzt gegen die Ukraine. Die Demokratie wird wirklich von allen Seiten eingeklemmt, nur nicht von oben.

Jetzt haben die Unzufriedenen ein neues Thema, an dem sie sich reiben können.

In Rudolstadt bauen die Koreaner eine Fabrik.

Da haben die Landbevölkerer,

die noch nie Asiaten gesehen haben, natürlich Angst, Vorbehalte und Vorurteile gegen Neues.

Die Fabrik soll bei der Elektromobilität eine wichtige Rolle spielen, nämlich die Batterien kontrolliert abfackeln.

Und jetzt machen die Leute Geschrei, Eingaben und Widersprüche. Dabei verwenden sie Hasswörter wie Quecksilber und Lithium, von vermeintlich giftigen Dämpfen ist die Rede, die in die reine Luft ausgestoßen würden, als ob heutzutage so was noch geschehen würde. Aber von Fakten, Jahreszahlen und Regierungsprogrammen lassen sich diese Men-

schen bekanntlich nicht beeindrucken.

Auch in Saalfeld sammeln sich abgehängte Anhänger fossiler Verbrennungsmotoren, dabei hat man ihnen amtlicherseits bescheinigt, dass der Wind nur selten nach Saalfeld weht.

Statt dass sie froh sind, weil bei der Verbrennung von Batterien kein CO₂ ausgestoßen wird.

Bald kommt aber die vom Thüringer Umweltministerium finanzierte Machbarkeitsstudie über Öko in der Stadt am Beispiel von Jena, dann profitiert auch Rudolstadt davon.

sk, nm



IMPRESSUM

Rentnerisches Akrützel, Jenas führende Seniorenzeitung seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Jenaer Senioren an der Informationsgesellschaft

Druck Kein Druck, nur Digitalvernetzung

Geplante Erscheinungsweise so regelmäßig wie möglich

Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund, verantwortlich im Sinne des Presserechts der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena,

Anregungen und Aufregungen an 0175-240 61 81 / Senioren-Akruetzel@web.de

Internetseite www.seniorenakruetzel.blogspot.de

Umstürzende Mitte

Der Thüringer Innenminister, Augenblick, wie heißt er, Meier, lautmalersich jedenfalls, hat im Deutschlandfunk-Interview gesagt, die Umsturzphantasien reichen bis in die oder kommen aus der Mitte der Gesellschaft.

Wie man sich erinnert, konnte der Umsturz abgewendet werden. Nicht auszudenken, wenn der vollzogen worden wäre. In den Zeitungen hätte gestanden, wir seien die ganze Zeit Deutsches Reich gewesen und die Reichsleugner gehören nicht dazu, die Wochenzeitung DIE ZEIT hätte sich in DAS REICH rückumbenannt, und für Thüringen hätte es wohl bedeutet, dass schon wieder eine Wahl rückgängig gemacht wird, diesmal aber ganz undemokratisch.

Das Regime wäre ja ein autoritäres geworden, was mag das heißen, strenge Corona-Maßnahmen? Sprechvorschriften? Politische Überkorrektheit, Kulturvernichtungskultur, Indoktrination in der Schule? Staatliches Vorgehen gegen den parteipolitischen Gegner? Staatsfernsehen? Staatliche Gelder für die Presse, für parteinahe Organisationen? So was vielleicht, wir können es uns zum Glück nicht vorstellen.

Der Mitte der Gesellschaft wurde also ein Denkkzettel verpasst. Aber wie lange reicht das?

Wir fragten bei der Pressesprecherei des Ministeriums, wie Minister, Ministerium und Koalition ihre Kompetenzen und Qualitäten noch besser vermitteln wollen, damit Umsturzphantasien gar nicht erst in der Mitte der Gesellschaft auf fruchtbaren Boden fallen.

Vom Innenministerium kriegen wir immer abwechselnd eine Antwort und keine, diesmal nicht. Aus gutem Grund, denn eine Antwort, wie immer sie gelautet haben möge, hätte impliziert, dass der Minister so was nötig hat. Damit hätte man ihm eine Beweislast aufgebürdet, die ihm kraft Haltung und Position nicht zukommt.

Wer an Qualitäten der Regierung, zumal der Thüringer, zweifelt, ist mindestens zeitungsfreundlich.



Ach, eine Kleinigkeit wäre da noch. Welche Mitte der Gesellschaft ist es eigentlich, um die es geht, die, die ausgeplündert, betrogen, bevormundet und beschimpft wird? Die?

Was erwarten die Herrschaften denn anderes als einen Umsturz? Genau, sie erwarten nichts anderes, sie phantasieren ihn selbst, weil sie wissen, dass sie nichts taugen. Sie wissen, dass sie einer demokratischen freien Gesellschaft nichts zu bieten haben, und produzieren ihre eigenen

Angstsznarien. Sie wissen, dass sich eine normale Gesellschaft ihren Blödsinn niemals bieten lassen würde, und können nicht glauben, dass man ihnen all das durchgehen lässt. Sie projizieren ihre Panik und agieren sie nicht autoaggressiv, sondern aggressiv nach außen. Die Panikattacken kriegen wir alle ab.

Die Mitte der Gesellschaft zu schrumpfen, das ist ihr Sicherungskonzept.

Und ihr Erfolgserlebnis.

Nils Michael, Bernd Zeller



Personen

Geschlechtergeschichte-Lehrstuhl soll gespart werden Nutzloser als das Studium sind die Proteste auch wieder nicht

Studieren hatte schon immer was mit Geschlechtergeschichte zu tun, das wussten schon die Alt68er. Der Marsch durch die Institutionen brachte es mit sich, dass immer neue Institutionen geschaffen werden müssen, um den Mitmarschierern auf ihrem Langen Marsch eine Perspektive zu geben. Dazu gehört, aus jedem Blödsinn ein Wissenschaftsfach zu machen. So war es in den fetten Jahren.

Ein Lehrstuhl für Geschlechtergeschichte an der Jenaer Universität, einer der vielen in den Geisteswissenschaften, soll nicht neu besetzt werden, wenn Frau Professor in den nachprofessoralen Ruhestand geht. Das Geld für all die Lehrstühle muss irgendwoanders jemand ganz klimaschädlich erarbeiten, und die Schulden müssen auch immer wieder mühsam neu aufgenommen werden.

Also gibt es Protest der Studenten. Endlich ein richtiges Thema für



Studentenproteste. Eine Berufsperspektive weniger für überflüssige Leute.

Ja, liebe Studenten der Geschlechtergeschichte, tut uns leid, dass ihr es von uns erfahren müsst: Euch will niemand.

Keiner braucht euch.

Und wenn ihr noch so sehr darum kämpft, dass es keine*_R heißen soll, wer (m/w/d) euch nicht braucht. Man hat euch hereingelegt. Man hat euch vorgegaukelt, ihr erfahrt irgendwas und müsst nichts können und braucht darum mal nicht zu arbeiten.

Aber wenn ihr an etwas arbeitet, dann an dem Zusammenbruch des Systems, das euch füttern sollte, wie es eure Vorgänger gefüttert hat.

Es ist reinmenschlich verständlich, dass ihr für Dummheit bezahlt werden wollt und dachtet, ihr könnt an die Uni wandern, um ein besseres Leben zu finden. Das ist vorbei.

Ihr seid der Fachkräftemangel.

Aber für die Partei reicht's.

ia, nm, bz

Was macht eigentlich Jule Neigel?



Die Schatten an der Wand waren wohl das Vorzeichen für das Abrutschen in die Neue Dunkeldeutsche Welle. Laut dem Branchenportal laut.de umgibt sie sich mit falschen Leuten, zitiert Achse des Guten und Tichys Einblick und, vielleicht unbewusst, Donald Trump, „Julian Reichelt hält sie ‚für einen Journalisten der den Finger in die Wunde legt, wie es sich gehört‘. In Bild TV forderte sie den Erhalt von Bargeld und bedient damit das Verschwörungsnarrativ vom Totalen Staat, der uns bei der angeblich geplanten Abschaffung von Scheinen und Münzen drohe“, im Kontrafunk-Podcast ist sie sich mit noch wem einig, dass es keine ernst zu nehmenden Putsch-Pläne gab, sondern es sich bei der Razzia gegen die Reichsbürger um eine ‚Inszenierung‘ handele. Könnte ihr bitte mal jemand heraus helfen aus dieser Blase? Könnte ihr bitte mal jemand sagen, dass dies die falschen Freunde sind?“

So eine ist das also, und nun schreibt Jule Neigel auf ihrer Facebook-Seite ein Hass-Narrativ, das ein Schlag ins Gesicht aller Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegewesen ist.

Ein nahestehender älterer Mensch „kam wegen eines Routineeingriffs und mit negativem PCR-Test in eine Klinik und wurde einen Tag später Opfer eines Besuchsverbots aller Patienten. Bis dahin war er von seiner Lebenspartnerin und seinem häuslichen und familiären Umfeld nie länger als ein paar Stunden ge-

trennt. Dann verschwand er vor unseren Augen für Wochen hinter verschlossenen Türen, ohne dass wir erfahren durften, was mit ihm dort genau geschieht. Ich hatte als Künstlerin zu diesem Zeitpunkt schon berufliches Tätigkeitsverbot und dann kam das. Sie nahmen uns die Kontrolle der Fürsorge über uns geliebte Menschen weg.“

Fehlender Einblick in die Notwendigkeit.

„Über 3 Wochen wartete er auf uns, wohl ohne zu wissen, warum wir nicht bei ihm waren, ihn nicht pflegten, seine Hand hielten, ihn fütterten, für ihn da waren, ihm menschliche Wärme, Liebe und Lebensmut gaben, was wir sofort getan hätten, wenn ein Klinikchef es nicht verboten hätte. Es ginge ihm gut ... er habe die OP gut überstanden ... er lässt Grüße ausrichten ... er wolle nach Hause ... er würde nichts essen wollen ... es ginge ihm schlechter ... er wäre krank... erzählten uns die Pfleger am Telefon, während wir immer nervöser wurden. Obwohl er offensichtlich nach Hause wollte, ließ man ihn einfach nicht raus. Wir kämpften deshalb um seine Rechte und zogen vor Gericht.

Als wir, nur mit Hilfe eines Anwalts, endlich zu ihm durchdringen konnten, lag er schon dreieinhalb schrecklich lange Wochen allein in einem stickigen Raum, ans Bett gefesselt, ohne Thrombosestrümpfe, konnte sich kaum noch rühren, war ohne Lesestoff, Telefon und Fernseher, bei dauerhaft zugesperrtem Fenster, durfte seit 3 Wochen sein Zimmer nicht eine Minute verlassen und konnte schon lange nicht mehr aufstehen. Er hatte Tage nichts gegessen und getrunken, bekam keine Infusionen, startete mit eingefallenen Augen die Wand an und hatte eine Lungenentzündung. Es war offensichtlich, dass niemand ihn wenigstens gefüttert, oder ihm genügend Flüssigkeit zugeführt hatte, ihn regelmäßig mobilisiert hatte – man habe dafür keine Zeit, hieß es. Er lag weder auf der geriatrischen Station, oder Intensivstation, oder

Palliativstation. Ich erkannte ihn nicht wieder. Er hatte gerade noch die Kraft 2 leise nuschelnde Sätze zu uns zu sagen: ‚Wochen‘ und ‚Hab gewartet‘. Obwohl es hieß, dass er nichts essen wolle, ließ er sich dennoch von uns füttern.“

Weiter schwurbelt sie: „Unser geliebter Mensch kam wegen eines Zipperleins in eine Klinik rein und dreieinhalb Wochen und 10 Kilo leichter später tot wieder heraus, ohne dass wir ihn vor Einsamkeit und Vernachlässigung schützen konnten – ohne dass wir sein Wohlbefinden, als seine Liebsten, kontrollieren konnten, ohne zu wissen, wie mit ihm umgegangen wurde und ohne uns verabschieden zu können. Die Klinik verschluckte ihn und spuckte ihn tot wieder aus. Das war’s. Er war stark – denn sonst hätte er diesen beklemmenden, stickigen, schrecklichen, abgeschotteten Raum, in dem er praktisch gefangen gehalten wurde, keine dreieinhalb Wochen ertragen.“

So sieht man die Sachen, wenn man sich mit den falschen Leuten umgibt.

Ein bisschen ist aber auch die Politik schuld, die hat immer nur die Journalisten gebriefft. Wie ein TAGESSPIEGEL-Redakteur in einer ausführlichen Reportage über den früheren Regierungssprecher nebenbei erwähnt, hat die Kanzlerin am Vorabend wichtiger Bundesländer-Treffen zur Corona-Lage ausgewählte Journalisten zusammengerufen, um diese auf die harte Lockdown-Schiene der Regierung einzuschwören. Dabei sei die Pandemiesituation stets so eindringlich dargestellt worden, dass es zum Gipfeltag in Zeitungen und Onlineportalen stand und Druck auf die Bundesländer aufbaute.

Wer früher verschwörungstheoretisiert hat, dass es so laufen würde, konnte das noch gar nicht wissen, es stand ja erst kürzlich in der Zeitung.

Aber hätten die mal nicht nur Journalisten dazugeholt, sondern auch Sängerinnen, dann wäre Jule Neigel vielleicht immer noch bei den Unfaltschen. ●

Sonstiger Stoff

Frage an den AKRÜTZEL-Briefkasten: Sind die AKRÜTZEL-Senioren in die Szene der Umsturzsenioren vernetzt?

Eine Frage, die insofern berechtigt ist, als dass sie sich aufdrängt. Wir sind bekanntlich idiotophob und demzufolge voller Abscheu auf die Grünen und die anderen Dummen, die politische und journalistische Macht beanspruchen. Aber: tut uns leid; was Umstürze angeht, können wir nicht weiterhelfen.

Da wir gerade beim Thema Grüne und Idioten sind, da hat die Thüringer Presse einen Mehrspalter, das ist ein großer Artikel, gebracht, dass es heftige Kritik von allen Seiten am Bericht des Thüringer Verfassungsschutzes gibt. Da denkt man, da werden sie wohl was richtig gemacht haben, da soll man denken, dass es mit denen und ihrem Bericht nicht weit her sein kann. Und das ist es aus linker Sicht, denn es steht was über Linksextrémismus drin. Was genau, braucht die Zeitung dank dieses Verdeckungsartikels nicht zu schreiben, höchstens sehr untergeordnet inmitten von auf Hochtouren laufenden Vorbereitungen und Weihnachtstanne aus Thüringen für einen Platz in Berlin.

Großer Aufreger jedenfalls, dass der Verfassungsschutz es wagt, die Zeitung nennt den Linken-Fraktionschef und Madeleine Henfling, ein besonders mittelmäßig bösesartiges Gewächs der toxisch Grünen. Die sagen nicht „Huch, da sind wir mal schön ruhig, damit es nicht aussieht, als wären wir in diese Szene vernetzt“, sondern

regen sich auf, dass der Verfassungsschutz nicht macht, was er soll, die Partei schützen.

Die Beleidigung, die in diesen Leuten liegt, ist, dass ihre Dummheit nicht ihre Börsartigkeit mildert, sondern offenlegt und sie selbst dass nicht einmal reflektieren. Die denken oder gehen gewohnheitsmäßig davon aus, dass ihre Wut und ihr Hass einfach so von allen geteilt werden, linksnormativ und grünvergiftet.

Wir baten die Pressestelle des Thüringer Verfassungsschutzes um die Auskunft, ob diese linke Wut auf das Amt als staatsdelegitimierend verfassungsschutzrelevant eingestuft wird, ob die

leicht steht uns gar nicht zu, solche Wörter zu benutzen.

Wie Alexander Wendt auf *Publico*, www.publicomag.com, zutreffend bemerkt: „In dem von Haldenwang ausgeheckten Begriff der ‚verfassungsschutzrelevanten Staatsdelegitimierung‘ liegt von vornherein eine propagandistische Täuschung. Bei den Grundrechten der Verfassung handelt es sich um Abwehrrechte gegen den Staat. Sie binden den Staat, nicht den Bürger. Nur der Staat mit seinen Vertretern kann dagegen verstoßen. Und nur der Staat kann sich delegitimieren. Dass irgendeine kleine Gruppe ihn mit legalistischen Argumenten

ablehnt, schadet ihm nicht. Wenn Kabinettsmitglieder und hohe Sicherheitsbeamte im Verein mit staatlich finanzierten Meinungsbildnern und anonymen Hinweisgebern eine Ordnung des institutionalisierten Misstrauens errichten, in der sich der Bürger ständig fragen soll, was er heute wieder falsch macht, sagt und denkt, dann beseitigen sie damit die Reste der alten liberalen Bundesrepublik. In dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag

von Lissabon vom 30. Juni 2009, in dem es exakt um diese Frage – die Legitimität der staatlichen Ordnung und das Verhältnis zwischen Staat und Bürgern – ging, heißt es:

„Demokratie bedeutet nicht nur die Wahrung formaler Organisationsprinzipien (vgl. BVerfGE 89,



Vermittlung der Zeitung in dieser Darstellungsart als staatsdelegitimierend verfassungsschutzrelevant zu sehen ist und ob man sich von diesen Leuten fernhalten soll.

Kam nichts.

Wir hätten ja gedacht, das wäre eine Frage, die man beim Verfassungsschutz versteht. Aber viel-

155 <185>) und nicht allein eine korporative Einbindung von Interessengruppen. Demokratie lebt zuerst von und in einer funktionsfähigen öffentlichen Meinung, die sich auf zentrale politische Richtungsbestimmungen und die periodische Vergabe von politischen Spitzenämtern im Wettbewerb von Regierung und Opposition konzentriert. Diese öffentliche Meinung macht für Wahlen und Abstimmungen erst die Alternativen sichtbar und ruft diese auch für einzelne Sachentscheidungen fortlaufend in Erinnerung, damit die politische Willensbildung des Volkes über die für alle Bürger zur Mitwirkung geöffneten Parteien und im öffentlichen Informationsraum beständig präsent und wirksam bleiben. Art. 38 und Art. 20 Abs. 1 und Abs. 2 GG schützen insoweit auch den Zusammenhang von politischer Sachentscheidung mit dem wahlkonstituierten Mehrheitswillen und dem daraus abgeleiteten Regierungs-Oppositions-Dualismus in einem System konkurrierender Parteienvielfalt und beobachtender, kontrollierender öffentlicher Meinungsbildung.'

Wüssten sie die Quelle nicht, Faeser, Haldenwang et al. würden bei diesen Worten sofort die Stirn in Falten werfen, mit den Köpfen wackeln und erklären, solche Ansichten seien ja höchstbedenklich. Meinung und Gegenmeinung, Rede und Gegenrede, der Bürger im Mittelpunkt und nicht der Staat; die freie, staatlich ausdrücklich nicht kuratierte Meinungsbildung entscheidend für die Demokratie, und nicht die staatlich durchfinanzierte Zivilgesellschaft, die weiß, was gut und gerecht ist – ja, wer garantiert dann, dass gesellschaftliche Debatten in die richtige Richtung laufen?

Das Verfassungsgerichtsurteil von 2009 gilt immer noch. Diejenigen, die jetzt daran arbeiten, eine gelenkte Gesellschaft zu vollenden, können sich auf alles mögliche berufen. Aber nicht auf das Grundgesetz und seine bisher noch gültige Auslegung. Von einem Prinz Reuß hatte die Bürgergesellschaft nie etwas zu befürchten. Von denen, die schon in verantwortlichen Positionen sit-

zen, jede Menge. Sie sind illiberal durch und durch."

Und jetzt gucken wir uns mal unsere lokalen Abgeordneten an, die Jusos und die Grüne Jugend, grüne Ortsteilbürgermeisterinnen und den SPD-Büroleier, die ganzen Linkerwessis, nach Thüringen geschickt, um uns was vom Koloni-

alismus zu erzählen, und stellen sie uns in der Situation vor, sich intellektuell behaupten zu müssen gegen Gedanken, die nicht von Parteisprache bestimmt wären.

Völlig, klar. Wenn die ein Senioren-Akrüzel lesen, stürzen die aus den Latschen.

Bernd Zeller



Jenaer Impressionen



Verkauft



Andere sind noch da
www.atelierno8.de

Originale kaufen, solange sie noch günstig sind

DAS HIGHLIGHT FÜR IHRE GÄSTE, DIE SCHON ALLES HABEN: BEKANNTER KARIKATURIST ZEICHNET ALLE, DIE DAS WOLLEN, ALSO ALLE



IM RAUM JENA ~~AB~~ BIS 300,-EURO
(03641) 619434

Müssen Sie gucken: Senior-Influencer



www.solibro.de

auf Youtube oder www.zellerzeitung.de

Ende der Reklame



Klimakleber mit Asphaltblock an der Hand beklagt, als Idiot stigmatisiert zu werden



Nicht jede unbequeme Wahrheit braucht einen Mutigen, der sich dafür an die Straße klebt, die Klimawahrheit aber schon, weil nicht viel Zeit bleibt. „Der eigentliche Skandal ist doch, dass die Straße schneller wiederhergestellt wurde als ich“, sagt der Klimakleber im LS-Gespräch und beklagt die viral gegangene Fotounterschrift: *Das ist der Zeitpunkt, wenn du merkst, dass du ein Idiot bist.* „So was kommt aus der Ecke der Straßenbenutzer, ganz klar logisch“, betont er.

Umfrage: Gesellschaft tief geteilt in der Meinung, ob Putin oder Selensky schuld an unserer Geldpolitik und Energiewende ist

Nichts hat so sehr das Zeug zur Teilung der Gesellschaft wie die Frage nach Meinungen. Aber wie kann es sein, dass das Auseinandergehen von Meinungen immer mehr zum Trend wird? Da sind sich die Trendforscher uneins. „Das sind überhaupt keine richtigen Trendforscher“, heißt es von anerkannten Trendexperten zu dem Verbreiten anderer Bewertungen.



Man sieht den Leuten ihre Meinung nicht an, und wenn man danach fragt, ist es vielleicht zu spät

Unsere Meinung

Bieten die Mafia-Clans ausreichend Schutz vor den Reichsrittern?



Zugegeben, der Start ins neue Jahr verlief holprig, in der Koalition knirscht es. Davon wird das Knirschen in der Verwaltung aber nicht übertönt, es droht überzuschwappen und weite Teile der Bevölkerung zu ergreifen, worauf unweite Teile nur warten, um ihr Süppchen zu kochen. Hier muss die Unterbindung kommen, je eher, desto besser.

Darum haben Sie Ihren Weihnachtseesel falsch geschmückt

Der festlich geschmückte Weihnachtseesel darf traditionell in keiner guten Stube während der Feiertage fehlen, so will es der Brauch. Aber was viele nicht wissen: die Art des Schmuckes wird häufig, wenn nicht gar meistens oder eigentlich immer, fehlerhaft vorgenommen, weil es alle so machen. Der Stern kommt nicht an den Kopf, sondern an den Schwanz, auf den Kopf kommt die Kerze, damit die an den Ohren angebrachten Kugeln besser im Glanz erstrahlen. Sonst ist es kein Weihnachtseesel.

